

Gemeineigentum und Planung als internationales Gebot

Die Niederlage der Labour Party in drei aufeinanderfolgenden Wahlen hat auch, in den englischen Arbeiterorganisationen die Frage nach der Bedeutung der Überführung privatwirtschaftlichen Besitzes in das Gemeineigentum erneut zur Diskussion gestellt. Denn als eine der Ursachen der Niederlage wird vielfach das Festhalten an Sozialisierungsforderungen angesehen. Gewiß haben 43,8 vH der Wählerschaft für dieses Programm gestimmt; aber die letzte Hürde von 5 vH der Stimmen — eine schwankende, politisch nicht festgelegte Schicht — ist gewiß durch die Propaganda gegen Sozialisierungsvorhaben abgeschreckt worden, die (mit großem Geschick und mit einem Kostenaufwand von vielen Millionen!) von Unternehmerverbänden, vor allem den Stahlindustriellen, betrieben wurde. Das ging um so leichter ein, als die Vorstellung einer grundsätzlichen Änderung der Gesellschaft — das Ziel des Sozialismus, für den auch das Gemeineigentum ein Mittel zum Zweck ist — das typisch englische Bedürfnis, ungestört einen mittleren Weg einzuschlagen, beunruhigt. Das hatte diese Propaganda, die die Sozialisierung als revolutionäres Schreckgespenst hinstellte, ausgenutzt.

Die Frage also, wie weit soll man auf Sozialisierungsforderungen verzichten, soweit sie unpopulär sind und den Ausgang der Wahlen gefährden, wird begreiflicherweise in der Labour Party und den ihr organisatorisch verbundenen Gewerkschaften erneut diskutiert. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht so entscheidend, ob der moderne gelenkte und staatlich subventionierte Kapitalismus — einen „freien“ Kapitalismus gibt es nirgends mehr — nun tatsächlich für immer die schweren Wirtschaftskrisen der früheren Zeiten verhindern kann; für den nächsten Wahlkampf genügt, daß die große Mehrheit der Wählerschaft und auch manche Theoretiker der Labour Party das annehmen. Daß aber *ein beträchtlicher sozialisierter Wirtschaftssektor nötig* ist, auch wenn eine überwiegend privatwirtschaftlich betriebene Volkswirtschaft eine annähernde Vollbeschäftigung durchhält, daß er nötig ist, um die Expansion der Gütererzeugung, die für einen steigenden Lebensstandard und seine sozial gerechte Breitenwirkung erforderlich ist, planmäßig organisieren zu können — das wird von allen Richtungen in der englischen Arbeiterbewegung anerkannt.

Also nicht nur, wo die Privatwirtschaft versagt — nicht nur als „Sozialisierung der Pleite“, sondern vor allem da, wo ein privates Unternehmertum *seiner Struktur nach* diese Aufgabe nicht leisten kann.

Umstritten aber ist die Frage, ob die klassische Form der Verstaatlichung, die Überführung von Industrien in zentral gelenkte öffentliche Institutionen — das was man in England „Nationalisierung“ nennt — zweckmäßig ist. Also die Form, in der die Kohlenindustrie, die Verkehrsgesellschaften und die Versorgungswirtschaft in England betrieben werden, Wirtschaftszweige, die auch die konservative Regierung keineswegs wieder in privates Eigentum zurückgeben will. Man diskutiert also auch andere Formen öffentlichen Eigentums; die Frage nach der Verwirklichung der „Industriellen Demokratie“ ist auch in England in vollem Fluß. Es kann hier nur am Rande vermerkt werden, daß sich die englischen Kollegen diese Bemühungen durch die Ablehnung 'des „Mitbestimmungsrechtes“ erschweren; sie sind, bis auf wenige Gewerkschaftsführer, dagegen, weil sie die scharfe Trennung zwischen „beiden Seiten der Industrie“ aufrechterhalten und die Belegschaftsvertretung nicht in die Verantwortung für die Geschäftsführung einbeziehen wollen. Sie fordern aber für den Vorstand der nationalisierten Industrien den Beitritt von Vertrauensleuten der Gewerkschaften und stellen dafür erfahrene Gewerkschaftsfunktionäre zur Verfügung.

Die kurzlebige, im letzten Jahr der Labour-Regierung durchgeführte Sozialisierung der Eisen- und Stahlwirtschaft war übrigens schon vom Nationalisierungsmodell ab-

gewichen; die in den öffentlichen Besitz übernommenen Betriebe liefen jeder für sich unter den alten Firmennamen weiter, um auch unter ihnen den Antriebe der Konkurrenz den individuellen Leistungsehrgeiz wirken zu lassen. Sie unterstanden aber der von der Regierung eingesetzten Kontrollbehörde, die auch die konservative Regierung beibehielt, nachdem sie den größten Teil der Betriebe im Laufe von acht Jahren an das Privatkapital zurückverkauft hatte. Ja, eins der Argumente der Regierungspartei im Wahlkampf war gerade, diese öffentliche Kontrollbehörde, die ihrerseits dem zuständigen Minister unterstand, lenke die Stahlindustrie im Gesamtinteresse, erfülle also eine Funktion, die die Nationalisierung überflüssig mache.

Dieser Anspruch ist in entscheidender Beziehung unhaltbar, weil die Lenkung nur in begrenztem Umfange möglich ist. Vor allem in Bezug auf Expansion und Finanzierung. Die Kontrollbehörde kann *negativ entscheiden*, sie kann etwaige Investitionsabsichten unterbinden; sie kann *positiv empfehlen*, aber nicht das Privatkapital zwingen, dort zu investieren und Anlagen durchzuführen, wo es im überzuordnenden Gesamtinteresse wichtig wäre. Und gerade auch die wieder privatisierten Stahlbetriebe haben in solchen Fällen natürlich nach egozentrischen Profitinteressen gehandelt: Weil mit langfristig angefüllten Auftragsbüchern gut verdient wurde, zögerten viele, die Kapazitäten zu erweitern. Das Investitionsprogramm blieb hinter den Schätzungen der Behörde zurück. Als nach der „Rezession“ die Konjunktur wieder anstieg, konnten die Stahlverbraucher ihre Absatzmöglichkeiten aus Materialmangel nicht voll ausnutzen.

Natürlich gibt es ein Mittel, um widerstrebende Stahlindustrielle zu „bestechen“, und auch das wurde später vom Schatzkanzler einigen Konzernen zur Verfügung gestellt: Sie erhielten zu besonders günstigen Bedingungen langfristige Anleihen — wie überhaupt das Obligationenskapital der Stahlwerke auch heute noch fast ausschließlich in der öffentlichen Hand ist. Daraufhin werden nun die im Gesamtinteresse unbedingt nötigen Erweiterungs- und Modernisierungsanlagen durchgeführt. Wie ja auch der englische Staat — diesmal nicht als Darlehen, sondern als Kostenbeitrag — die enormen Forschungs- und Experimentieraufgaben der privaten Flugzeugindustrie finanzierte und neuerdings die der Atomkraftindustrie.

Natürlich liegt in dieser staatlichen Finanzierung eines der Argumente zugunsten des Übergangs der Grundstoffindustrien in das Gemeineigentum, was kürzlich den berühmtesten englischen Karikaturisten zu der Ironie veranlaßte, die Leitung der nationalisierten Eisenbahnen, die in ihrem Modernisierungsprogramm weit zurück sind, händeringend darzustellen mit dem Ausruf: „Wären wir nur in privatwirtschaftlichen Händen — dann würden wir von Macmillans Regierung so viel Geld bekommen, wie wir brauchen.“

Wichtiger noch sind andere Aufgaben, die nur ein breiter Sektor gemeinwirtschaftlichen Eigentums ausreichend erfüllen kann. Es geht ja nicht nur um die *Vollbeschäftigung*, sondern vor allem auch um die *zweckmäßige und gerechte Verteilung des Sozialprodukts*; sowohl in Richtung auf den Abbau zu großer Einkommens- und Besitzunterschiede, wie auch zugunsten jenes öffentlichen Sektors der Volkswirtschaft, der auch in der „freiesten“ Marktwirtschaft seinen Bedarf anmelden muß: also die öffentlichen Bauten, Krankenhäuser, Schulen und Straßen und andere Einrichtungen des heutigen Sozialstaates.

Zwei Fundamente dieses Staates sind in England, zum Teil gewiß als Lippenbekenntnis, von allen Parteien und Richtungen anerkannt worden, vor allem durch die Aktionen der Gewerkschaften: Vollbeschäftigung und ein steigendes Arbeitseinkommen der Mehrheit der Arbeitnehmer. Aber dem Grade des Steigens und vor allem der Breite seiner Streuung sind durch die privatwirtschaftliche Disposition über die Güterherstellung enge Grenzen gezogen. Das Profitmotiv einerseits — dazu die Verlockung des Werbewesens, um oft genug gar nicht vorhandene Bedürfnisse erst zu erwecken,

Methoden, die selbst wieder Arbeitskräfte und Materialien verschwenden — das führt zu einer Vernachlässigung der Produktion für jenen Sektor des öffentlichen Konsums.

In welchem Ausmaß Finanzierungsmittel und Sachgüter dabei absorbiert werden, also für andere Aufgaben fehlen, das ist bisher nur andeutungsweise festzustellen. Was *Galbraith* in seinem Buch „Gesellschaft im Überfluß“ für Amerika feststellte, gilt auch hier: Sind die Verbraucher daran interessiert, daß es dutzende von Waschmitteln gibt, die dasselbe leisten, interessiert an der Fülle der Variationen von Gebrauchsgütern gleicher Art, die oft genug gänzlich überflüssig produziert werden, weil sich schön Geld dabei verdienen läßt? Jedes erfordert aber seinen Extraaufwand an finanziellen und menschlichen Kräften. Und wenn dann im ach so „gesunden“ Ausleseprozeß manche Unternehmen ausscheiden — so stehen auch dahinter Schrott gewordene Werte und verlorene Arbeitsstellen.

Welches Aufsaugen von Werten allein durch das *Werbewesen!* Der Gewinn des kommerziellen Werbefernsehens in England belief sich im Vorjahr auf 240 Millionen DM; der Gesamtaufwand des Werbewesens — Presse und Fernsehen — kostete den Inserenten 4 1/2 Milliarden DM! Daß diese Kosten die empfohlenen Produkte entsprechend verteuern, versteht sich von selbst. Man setze aber die Summe um in geleistete Arbeitsstunden, in Materialverbrauch, um zu erkennen, welche Verschwendung hier vor sich geht! Ein weiteres Beispiel derartigen Leerlaufs bieten gerade jetzt wieder die mit der privaten Finanzstruktur untrennbar verbundenen *Börsenspekulationen* — auch eine Werbeaktion größten Stils — in der Ebene reiner Geldmanipulationen. Wie da zahllose Menschen tagaus, tagein beschäftigt sind, wie da Büromaschinen, Telefone, Autos, Geschäftsräume verschwendet werden, nur um eine Schicht von Kapitalisten zu veranlassen, einer anderen Schicht Aktien zu verkaufen oder abzukaufen — was sich für die eine oder die andere Seite als Fehlleistung herausstellt und im Gesamtprozeß zu einer Aufblähung von Geldwerten' ohne produktive Gegenleistung führt — eine der Hauptursachen des ständigen Inflationstrends, über die freilich die Finanzpresse schweigt, die den Gewerkschaften vorwirft, durch Lohnforderungen die Inflationsspirale auszulösen. Die alternative Konsequenz ist der große Börsenkrach, der den produktiven Wirtschaftsprozeß in die Krise hineinstößt.

Die Gesellschaft von heute ist viel zu kompliziert geworden, um den stets wachsenden Aufwand für materielle und soziale Aufgaben dem sogenannten „Freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen, auch ein Vabanquespiel, bei dem sich der Ausgleich, das „Auspendeln“ in sich ständig wiederholendem Leerlauf vollzieht — eine Vergeudung, welche die Menschen sich einfach nicht leisten können, eine Planlosigkeit, die ein sozial gerechtes Zusammenleben unmöglich macht.

Ein weiteres Moment kommt hinzu: Wenn von der Kompliziertheit der modernen Industriegesellschaft gesprochen wird, so betrifft das auch die miteinander verzahnten, voneinander abhängigen Phasen der Produktion. Die Basisindustrien, deren Sozialisierung im Vordergrund steht, sind charakterisiert durch die Abhängigkeit nahezu der gesamten Volkswirtschaft von ihren Dispositionen und ihren Leistungen. Das führt zu zwei Konsequenzen: einmal sollten die Vorhaben dieser Basisindustrien auf längere Sicht ausgerichtet werden, also planmäßig organisiert werden. Davon muß auch die Produktion und die Preispolitik bestimmt werden. Das bedeutet zweitens, daß das privatwirtschaftlich unerläßliche Rentabilitätsprinzip nicht immer entscheidend sein darf. Es kann in manchen Fällen Jahre dauern, bis sich Anlagen im üblichen Sinn rentieren. Nach diesen Gesichtspunkten wurde und wird auch heute noch die nationalisierte Kohlenindustrie betrieben. Dadurch genossen die Verbraucher die niedrigsten Kohlenpreise in Europa. Das sind Erfordernisse, die eine privatwirtschaftliche Struktur nicht erfüllen kann — es sei denn, der Staat überläßt dem Privatkapital Besitz und Profite und finanziert die Unterbilanz!

Zu der Kompliziertheit und Vielseitigkeit der modernen Zivilisationsansprüche kommt nun auch ihre soziale Ausrichtung: es genügt nicht mehr, sie für eine kleine privilegierte Schicht zu befriedigen. Dieser Entwicklung zur Kompliziertheit und zur Fülle nun im gemächlich planlosen Hin- und Herschwanken von Angebotsversuchen und Nachfrage mit den geschilderten Fehlleistungen, den Verzögerungen und Verschwendungen beikommen zu wollen — das heißt die Aufgaben der Gegenwart mit den Mitteln der Vergangenheit lösen zu wollen. *Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfordert Planung und Kontrollen.* Planung aber heißt Aufstellen von Prioritäten von Finanzierungs- und Produktionsaufgaben, vor allem im Interesse der Lenkung der Investitionen zu den langfristigen Aufgaben der Modernisierung und Rationalisierung; die Organisierung der Wirtschaft nach den Gesamtinteressen und der zukünftigen Entwicklung. Das kollichert unvermeidlich mit isolierten Augenblicksinteressen eines privaten Unternehmers, der mit Recht seinen Profit realisieren will.

Es hilft uns nichts: In unserer modernen Gesellschaft muß auch die öffentliche Hand wirtschaften!

Diese Erwägungen gelten schon für den nationalen Wirtschaftskörper. Noch mehr aber, ja drohender drängt sich ein neuer Faktor in den Vordergrund, in dessen Zeichen die Weltwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten stehen wird: *die Organisierung der Hilfe für die sogenannten Entwicklungsländer.* Damit wird die Organisation einer Wirtschaft, die Verschwendung und Fehlleistungen vermeiden muß, wird eine — zum mindesten minimale — Gesamtleistung eine gebieterische nationale Forderung. Der *Gesambedarf am Sozialprodukt* auf der Erde wird sich bis Ende dieses Jahrhunderts unter Berücksichtigung jener Hilfspläne und der zu erwartenden Verdoppelung der Erdbevölkerung etwa *verzehnfachen*. Zehnmal soviel wie heute müßte produziert werden! Das zu erzeugen, diese Produktivkräfte zu organisieren, Rohstoffvorkommen etc. zu entwickeln und das zu verteilen, ohne zu schweren revolutionären Erschütterungen unter «den ihr Schicksal nicht mehr geduldig hinnehmenden „Entwicklungsländern“ zu kommen — das sind Aufgaben, die kein planloses Dahinplätschern, kein Auspendeln zwischen Angebot und Nachfrage mehr zulassen. Man sieht: Selten ist mit dem bestechenden Wort Freiheit soviel Mißbrauch getrieben worden, selten wurde die Notwendigkeit der Lenkung und Kontrollen so diskreditiert wie von den Nutznießern des bisherigen wirtschaftlich-sozialen Systems. Die erwachten Völker — zwei Drittel der Menschheit — wollen auf die „Freiheit“, verhungern zu dürfen, endgültig verzichten.

Dies also ist der Hintergrund, vor dem sich die Auseinandersetzung zwischen Anhängern und Gegnern der Gemeinwirtschaft abspielt. Die Aufgabe der Arbeiterorganisationen war in den letzten hundert Jahren, die sozialen Forderungen gegen die Privilegien einer Klassengesellschaft durchzusetzen. Das ist im nationalen Rahmen in einigen Ländern einigermaßen gelungen. Jetzt ist die Zeit gekommen, diese Aufgabe *im internationalen Zusammenhang* anzupacken. Dabei gilt es zu erkennen — und diese Erkenntnis zu verbreiten — sie wird damit zum aktuellen Wahlprogramm: Auch die Forderungen eines nationalen Programms bleiben im luftleeren Raum hängen, wenn die internationale Aufgabe nicht gelöst wird. Denn dann wäre, unter schwersten revolutionären Erschütterungen, der Siegeszug der totalen Tyrannenregime nicht mehr aufzuhalten.

Auch wer glaubt, ideale Forderungen seien gesellschaftlich nicht durchzusetzen, wenn nicht krasses Eigeninteresse dahinter stehe — auch der muß zu den gleichen Erkenntnissen kommen.